



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kühn, Emil: Mittelstädts politische Briefe

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

für verständige Entwicklung unsrer Seemacht. Ob damit Rechte des Reichstags eingeschränkt werden oder nicht, das ist im Grunde eine Doktorfrage. So gut wie der Kaiser=Wilhelm=Kanal erbaut worden ist, obwohl die Ausgaben im Laufe mehrerer Jahre gemacht werden mußten, als der Bau einmal begonnen war, so gut läßt sich auch dieses Flottengesetz schaffen. Und an Beispielen dafür fehlt es nicht: ähnliche Flottengesetze sind in England, in Italien und Frankreich von den Parlamenten festgesetzt worden, obwohl in jenen Ländern die Macht der Volksvertretung größer ist. Aber freilich, Einigkeit über ein Ziel, das ist immer noch unsre schwächste Seite, und noch immer müssen wir uns vom Auslande beschämen lassen in nationalen Lebensfragen. Die Franzosen erhöhen ihre Flottenausgaben auf das Drängen ihres Parlaments, wo in der Flottenfrage die Losung gilt: *Il ne s'agit pas là du triomphe d'un parti, mais du salut du pays lui même!* Und bei uns im Volke der Denker? Sollen wir uns immer wieder und mit vollem Rechte den beschämenden Vorwurf machen lassen, daß wir noch jetzt, siebenundzwanzig Jahre nach der Reichsgründung, eine politisch durch und durch unreife Nation sind, in der die doktrinären Rechtshaber überwiegen?

Großflottbef

Georg Wislicenus



Mittelstädts politische Briefe

Von Emil Kühn



in ernstes *Memento mori*, denen zugerufen, die in faulem Frieden leben wollen. *) Aber Tod und Krieg stehen in Gottes Hand, der Mensch soll sie nicht verhängen, wenn noch ein andres Mittel übrig bleibt; er darf sie nur annehmen und aufnehmen. Und auch im Völkerfrieden giebt es erfrischenden und die Volkskraft erneuernden Kampf. Unser Verhängnis ist, daß wir das nicht wissen und sehen wollen; daß wir dem Streit nicht aus dem Wege gehen, wo es sich um Erwerb, Genuß und Vorrechte handelt, für uns selber oder für die Gemeinschaften, zu denen wir uns am liebsten halten, daß wir aber nur zusehen, richten und rechten, nicht die Haut allein, sondern jede Anstrengung und jedes Opfer sparen, wenn es im regelmäßigen Gang des Lebens Wohl

*) Vor der Flut. Sechs Briefe zur Politik der deutschen Gegenwart von Otto Mittelstädt. Leipzig, S. Hirzel, 1897.

und Wehe der Gemeinschaft gilt, die alle andern umfaßt: des Staats. Im Kriege wollen und werden ja nur wenige versagen, denn das Gefühl für das ganze Vaterland hat seit der Gründung des Reichs die größten Fortschritte gemacht. Es ist in Kreisen mächtig, die es vorher kaum kannten oder gar ablehnten, und darf nicht mehr verleugnet oder verspottet werden, sonst würde die Gefolgschaft, die des Zentrums z. B., wie Schnee in der Sonne zusammenschmelzen. Aber mittelbar, allmählich, von den Genossen unbemerkt dürfen der Kraft des Vaterlandes die schwersten Wunden geschlagen, darf fremden und feindlichen Mächten Eingang und Schutz gewährt werden, ist jede Opposition gegen die berufne Hüterin der allgemeinen Wohlfahrt und geordneter Freiheit, die Regierung, gestattet, fast volkstümlich. Woher dieser Gegensatz? Weil sich Augen und Herzen dagegen verschließen, daß zwar die Vaterlandsliebe und ihre Bethätigung in der höchsten Gemeingefahr die edelste Blüte an dem Baume des Staats ist, daß aber Wurzel, Stamm und Zweige ihre Nahrung aus einer andern Form des Gemeingefühls ziehen, die fortwährend Arbeit und Kampf verlangt, sich aber auch darin stetig erneuert. Dieses Gemeingefühl ist die Staatsgefinnung.

Auf dem Gebiete des Gemeinlebens ist die Staatsgefinnung daselbe, was in Schillers Lebensgang „der Seele Sturm beschwor,“ nie ermattende Beschäftigung; auch sie schafft langsam und ohne je zu zerstören, doch es sind nicht bloße Sandkörner, die sie dem Bau des Staates reicht, und das Schuldbuch, dessen Seiten sie eine nach der andern tilgt, ist das der im Leben besser bedachten, die den Vorzug durch größern Einsatz gemeinnütziger Thätigkeit auszugleichen haben. Die Staatsgefinnung ist in Deutschland nicht unbekannt geblieben und hat lange, wenn auch mit beschränkten Mitteln und in beschränkten Kreisen, segensreich gewirkt; vor allem in Preußen, obgleich dieses fast zuletzt in einem Staatsparlament die Stätte erhielt, von der man sich für gemeinnützige Arbeit Wunder versprach. Das Parlament ist ja auch deren unentbehrliches und oberstes Feld, aber die Staatsgefinnung hat sich, seitdem ihr dieses Feld überall offen steht, weder verallgemeinert noch verstärkt, und im Parlament haben gegen sie Erwerbsinteressen und gesellschaftliche Sonderzwecke, eingestandne und geheim gehaltne, je länger je mehr die Vorherrschaft erhalten. In der Vertretung des ganzen Volkes sind eigennützige Siege die Regel geworden. Es ist auch nicht so, daß am Niedergange dieser oder jener Interessentkreis, die eine oder die andre Partei die Schuld trüge, sondern wir sind alle schuldig, weil wir alle statt des gemeinen Besten das Unfre suchen oder uns rat- und thatlos abseits halten, der geringere Teil vom Kampf entmutigt, der größere, ohne ihn nur zu versuchen. Im Reich zumal ist nach einem kurzen Aufschwung die Staatsgefinnung immer schwächer geworden, und es sieht nicht so aus, als ob sie in dem geeinigten Staatswesen das Maß erreichen könnte, das sie in der Zerrissenheit bewährt hat.

Einen Mann haben wir gehabt, der ohne Schwächung und Abzug Vaterlandsliebe und Staatsgefühl auf das Reich übertrug und in dessen Dienst zugleich die größte Fülle von That- und Geisteskraft stellte. „Aber uns plagte die unselige Einbildung, daß wir seiner nicht bedürften, und Deutschland auch ohne ihn fertig zu werden imstande sei.“ So drückt es Mittelstädt aus, wohl zu mild, denn bei vielen mischten sich verwerflichere Empfindungen ein: Furcht, Haß und Neid. Wie viele waren froh, daß der Mann beseitigt war, dessen Größe sie zu Boden drückte! Wie vielen war er im Wege, für sich oder für ihre Sonderzwecke! Und wäre Fürst Bismarck je gefallen, wenn bei denen, die ihn in den Himmel hoben, die Unterstützung den Worten nur einigermaßen entsprochen hätte? Die Phalanx, die er sich verdient hatte, hätte ihn und in ihm uns geschützt; unsre Zerfahrenheit und Thatlosigkeit stellte ihn allein. Das Auseinanderstieben der Pfeile aus dem Bündel gab der Meinung Recht, er stehe nicht mehr auf der frühern Höhe, ja die Pfeile kehrten sich gegen ihn. Meint doch selbst Mittelstädt, in der letzten Zeit hätten „die Bismarckische Staatskunst und Staatslenkung mindestens in der innern Politik deutliche Zeichen allmählichen Niedergangs erkennen lassen.“ Welche denn? Wenn damals „Wind und Wellen“ mit dem Staatsschiff zu spielen anfangen wollten, mit Bismarck's Herzen haben sie nie weniger gespielt; weder Geist noch Wille waren bei ihm erschüttert, noch immer „stand er männlich an dem Steuer, blickte er herrschend auf die grimme Tiefe,“ und nie war sein Kraft- und Pflichtgefühl stärker angespannt, als da ihn die Ungnade des Kaisers scheitern ließ. Wir waren es, die schon damals tief gesunken waren, den Steuermann aus den Augen verloren hatten und dadurch zum Sturz mithalfen. Er durfte nach wie vor „scheiternd oder landend“ Gott vertrauen, aber Gott wirkt „nicht magisch, sondern durch Menschen,“ und wir sahen aus der Ferne zu. Nur Selbstanlage, innere Einker und Ermannung vermögen uns wieder aufzuhelfen, nicht aber die weichmütige Klage, daß wir verlassen seien, oder gar die halb trotzige, halb verzagte Nachahmung Bismarck'schen Käufperns, das nicht einmal glücklich abgeguckt ist.

Nicht gegen die Mittelstädt'sche Schrift ist das gesagt, denn bei ihrem Verfasser ist nichts von Gejammer zu finden, so traurig er auch in die Zukunft sieht; er erscheint in ihr, wie in frühern Schriften, als ein Mann, der bewundernd zur Geistesgröße aufblickt, jedoch nicht vergißt, daß jeder auf seinen eignen Füßen zu stehen hat. Seine Staatsgesinnung ist ebenso fest wie sein Patriotismus, und er würde, als Reichstagsabgeordneter etwa, treu zum großen Kanzler gestanden haben, ohne zu mäkeln und nach Fraktion zu fragen, auch ohne erhaben zu behaupten, für den Staat gebe es keine Interessen. Seine Bewunderung ist auch mit eindringendem Verständnis des Bismarck'schen Wirkens und mit herzlicher Dankbarkeit verknüpft. Das alles tritt in der Schrift klar und bestimmt, gedankenreich und in glänzender Darstellung hervor;

durch diese und durch das Feuer der Empfindung reißt der Verfasser den Leser nicht selten mit fort. Wenn die Empfindung Mittelstädts für Fürst Bismarck nicht ganz ungemischte Bewunderung ist, weil auch er den Irrtum teilt, daß an Fürst Bismarcks Verhalten nach seinem Abgange Nachsucht und Popularitätshascherei Anteil hätten, so ist doch dieser Schatten so schonend aufgetragen, daß er nur auf kurze Zeit stört. Es handelt sich dabei auch bis zu vollständiger Aufklärung um eine Frage des persönlichen und gemüthlichen Eindrucks, über die sich schwer rechten läßt. Dagegen ist erstaunlich, daß ein so überzeugter und geistvoller Anhänger der Bismarckischen Politik Wege eingeschlagen sehen möchte, die sich von denen des Meisters so weit entfernen, denn gerade von ihm hätte man erwarten dürfen, daß er sich bemühen würde, das, was sich aus dem Bismarckischen Wirken an dauernder Belehrung und als Leitfaden des Handelns ableiten läßt, festzustellen und hervorzuheben. Dessen ist fast auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens recht viel; die Bismarckische Tradition, wie man es nennen kann, ist ein reicher Schatz, an dessen Hebung sich zu beteiligen fruchtbarer ist als Lob oder Tadel, weil diese Tradition auf uns Epigonen einen Teil dessen herüberrettet, was die Gewalt des Bismarckischen Wesens und Wirkens ausmachte.

Schon der Gedanke, innere Schwierigkeiten und Spannungen durch Krieg zu lösen, ist ganz unbismarckisch, denn Fürst Bismarck hat zwar gründlich Krieg geführt, aber nur, wenn ein bestimmter ausländischer Gegner gegeben und nicht anders zu überwinden war. Er hat noch mehr Kriege abgewendet; seine auswärtige Politik war sogar seit 1871 vor allem darauf gerichtet. Den Krieg als heroisches Mittel, also um seiner selbst willen, hat Fürst Bismarck immer verurteilt. Man kann darüber anders denken, ohne gottlos zu sein; Mittelstädt beweist es und hätte sich in gewissem Maße auch auf Moltke berufen können, aber Bismarckische Politik ist es nicht.

Ebenso wenig hält sich Mittelstädt darin an das Vorbild des Meisters, daß er die verfassungsmäßig begründeten oder belassenen Rechte der deutschen Bundesfürsten für unvereinbar mit einer starken deutschen Monarchie erklärt. Es zeigt sich dabei, daß seine Staatsgesinnung preußisch-partikularistische Farbe behalten hat; sein Patriotismus umfaßt ja ohne Zweifel die nichtpreußischen Teile des Reichs mit gleicher Wärme wie sein Geburtsland, aber Vaterlandsliebe und Staatsgesinnung fallen eben nicht immer zusammen, obgleich es der Fall sein sollte. Bei Fürst Bismarck dagegen haben immer diese beiden Formen oder Seiten des Gemeingefühls zusammengestimmt, denn er ist zwar ebenfalls ein guter Preuße geblieben, er gab es aber mit der Gründung des Norddeutschen Bundes und dann des Reichs unwiderruflich auf, preußische Einrichtungen und Verhältnisse auf Kosten des Reichs, seiner Verfassung und seines Wirkungskreises zu pflegen. Durch diesen Verzicht auf preußischen Partikularismus hat er den der andern deutschen Staaten niedergehalten

und für Preußen echte Bundesgefinnung der Regierungen eingetauscht. Die von Fürst Bismarck gepflegte bundesfreundliche Gefinnung herrscht noch heute im Bundesrate vor; in keiner der andern Reichseinrichtungen lebt Bismarckischer Sinn lebendiger fort, und wenn es allmählich anders wird, so ist nicht der Bundesrat daran schuld. Die Brücke zu diesem Erfolg, einem der größten und erfreulichsten in der deutschen Entwicklung, ist also dem großen und grundlegenden Wirken des ersten Kanzlers zu verdanken, an seinen Namen und an seine Persönlichkeit wird dankbare Erinnerung immer anknüpfen, aber in dem Amte des Reichskanzlers, wie es sich unter ihm politisch und man kann sagen gewohnheitsrechtlich gestaltet hat, ist die Brücke dauernd aufgebaut. In einem Aufsatz Nr 43 und 44 dieser Blätter unter dem Titel: Der Reichskanzler und das Ministerium habe ich den Versuch gemacht, die wesentlichen Züge dieses Stück's Bismarckischen Nachlasses zusammenzufassen, und ich glaube darin nachgewiesen zu haben, daß das Amt des Reichskanzlers zwar nicht auf die Person seines ersten Trägers zugeschnitten ist, aber allerdings immer einen selbständigen und bedeutenden Mann voraussetzt, dem Wille, Einfluß und Initiative nicht geschmälert werden dürfen. Ich glaube ferner dargethan zu haben, daß die Ausstattung des Reichskanzlers und seiner ministerähnlichen Reichskollegen mit preußischer Hausmacht das berechtigte Vorkommen Preußens sichert, ohne die Bundesgenossen irgendwie zu mediatisiren; die jetzigen Einrichtungen sind durchaus nicht so beschaffen, daß sie die Einheitlichkeit und den Nachdruck monarchischen Handelns störten. Der Angriff Mittelstädt's darauf ist also nicht gerechtfertigt, und er steht damit nicht nur zu feierlich verbürgten Rechten und zur Bismarckischen Politik im Gegensatz, sondern auch zu sehr lebhaften Volksempfindungen. Die unausbleiblichen Gegenangriffe werden ihn selber bei dem hohen sittlichen Ernst, mit dem auch diese befremdenden Ausführungen vorgetragen werden, nicht anfechten, aber ihre sachliche Anfechtbarkeit und die Leidenschaften, die er dadurch erweckt, schaden den vielen Wahrheiten, die seine Schrift sonst enthält.

Zu dem Wahren und Treffenden muß man die Kritik der auswärtigen und der innern Politik seit dem ersten Kanzlerwechsel rechnen. Mittelstädt überzeugt dadurch den, der noch schwankt, und faßt für den schon Überzeugten, der mit ihm die verhängnisvolle Entwicklung beklagt, die Gründe bestimmt und beredt zusammen. Nur in Einzelheiten kann man verschiedner Meinung sein, z. B. da, wo er den Götzendienst, der mit dem Dreibund getrieben wird, geißelt, aber dessen wirkliche Bedeutung doch unterschätzt. In einem namentlich zwingt er, ihm zu folgen und ihm Recht zu geben, in der Besprechung des Kaisers. Ob der Empfänger der Briefe auch so denken wird, steht dahin, aber es ist zu hoffen, daß ihn Pflicht und Ehre, auch die Ehre, solche Briefe zu erhalten, antreiben wird, die Briefe dem Kaiser vorzulegen. Denn wie furchtlos auch ihr Verfasser von der Wahrheit jede Hülle wegzieht, so hat er doch nicht ein

Wort gesprochen, das die Ehrfurcht verletzte, und das Recht, die Wahrheit zu sagen, ist für einen Mann von Mittelstädt's altpreußischem Sinn doppelte Pflicht. Darin ist in der That, wie man sagen kann, trotz Kaiser und Reich der altpreußische Zusammenhang zwischen König und Unterthan unverfehrt geblieben, als Vorzug in treuem Fordern und Leisten, in Innigkeit und echter Freiheit. Für seine Furchtlosigkeit und für seinen edeln Freimut verdient Mittelstädt unsre Achtung und Bewunderung, aber stimmt es zu den Ergebnissen seiner Kritik, daß er die geltenden Verfassungsverhältnisse des Reichs als einen „gefährlichen Übergangszustand“ bezeichnet, der „thunlichst schnell zu überwinden“ sei „durch jegliche Art von Stärkung der kaiserlichen Gewalt und jegliche Art von Förderung der einheitsstaatlichen Tendenzen“? Fordert dergleichen nicht den Widerspruch heraus? Mittelstädt sieht, und mit Recht, die Ursachen des Niedergangs mit darin, daß die Bismarckischen Wege verlassen worden sind, und daß der Kaiser sein eigener Kanzler und Ministerpräsident sein wollte, aber zur Heilung empfiehlt er die vollständige Verleugnung des Bismarckischen Verfassungsbaues, also auch die Beseitigung der Reichskanzlerstelle, für die doch nur in der bundesstaatlichen Natur der Verfassung Raum ist, die doch auch so lange zum Segen gewirkt hat. Und das soll eilig sein? In Wirklichkeit ist das Königtum, das Mittelstädt vorschwebt, wenn es überhaupt zu erstreben ist, „ein Problem zum Kopfzerbrechen“ „für die kommenden Generationen,“ wie er andre Zukunftspläne genannt hat. Wohl aber ist ein Kaiser, der die Königspflicht als rocher de bronze etabliert, schon jetzt möglich und hat auch in den jetzigen Machtmitteln des deutschen Kaisers und Königs von Preußen starke Stützen, um die unserm Geschlecht obliegenden Aufgaben zu lösen; er würde sich seine Aufgabe nicht erleichtern, wenn er durch Unitarismus seine Bundesgenossen verletzte, Zahl und Gewicht seiner Gegner vermehrte. Ein solches Königtum der souveränen Pflicht ist nicht bloß möglich, sondern hat schon wirklich in der Person unsers alten Kaisers über uns gewaltet. Es hat die höchste Macht entfaltet und doch vermocht, frühere Feinde zu versöhnen und für fruchtbare Mitarbeit zu gewinnen. Es hat sich die stärkste Menschenkraft dienstbar zu erhalten gewußt, weil sich auch der Herr der Pflicht noch als Diener des Staates fühlte und dem genialen Unterthan durch Bewegungsfreiheit und nie versagende Treue lohnte. Noch nie sind zum Heil des Ganzen, aber auch für das Gemüt die Unterschiede unter den Menschen schöner ausgeglichen worden. Es ist auch nicht möglich, sie anders auszugleichen, aber so, auf dem durch die Pflicht vorgezeichneten Wege, läßt sich die Ausgleichung für die Kreise, die den Stufen des Thrones fernstehen, nicht weniger erreichen, und das Wachstum jeder Form der Demokratie, des Versuchs, durch Steigerung der Ansprüche auszugleichen, ist die Antwort darauf, daß gerade in diesem Stück dem erhabnen Vorbilde weniger nachgestrebt wird als dem täuschenden Glanz von Irrtümern.

Auf kleinerem Raum, aber in dem Lande, das Mittelstädt bis vor kurzem bewohnt hat, herrscht noch jetzt diese edle Auffassung der Königspflicht. Keiner der größern Bundesstaaten leidet so schwer unter der Sozialdemokratie wie Sachsen, hat sie doch schon in zahlreichen Gemeindeverwaltungen die Oberhand erreicht; die Staatsverwaltung würde bei unzureichenden Machtmitteln unter ihrem Beruf erliegen, wenn nicht ihr Pflichtgefühl durch das Beispiel des Königs gehoben würde. Der Zustand in Sachsen ist höchst gefährlich und nur als Übergangszustand erträglich, bis das Reich durch ein Gesetz gegen die Revolution zu Hilfe kommt. Daß das frühere Gesetz aufgegeben worden ist, hat den König in seiner ebenfalls vorbildlichen Bundestreue nicht wankend gemacht, aber die von Mittelstädt empfohlenen einheitsstaatlichen Experimente müßten ihn abstoßen. Das ist doch der Stein statt des Brotes.

Die Gefahren des sozialdemokratischen Treibens in Deutschland verkennt auch Mittelstädt nicht; trotzdem ist er gegen ein neues Sozialistengesetz und verurteilt in Ernst und Spott das, was mit den jetzigen Mitteln gegen die Agitation versucht wird. So sagt er S. 131: „Was man durch all diese planlosen Trakasserien erreicht, ist die Zerstörung des letzten Restes von Autorität unsrer Gerichte, die Befestigung des Glaubens an das Vorwalten einer parteiischen Klassenjustiz und das gewaltsame Hineindrängen des gesamten vierten Standes in die revolutionäre Überzeugung, daß er soziale Gerechtigkeit und soziale Rettung niemals von monarchischen Institutionen, einzig und allein von der Eroberung der Staatsgewalt durch die Demokratie zu hoffen habe. Darnach ist dem fernern Anschwellen der sozialdemokratischen Flut allerdings kein Ende abzusehen.“ Unmittelbar vorher bezeichnet er es als „kurzsichtige und naive“ „Genugthung, wenn man ein paar rote Bänder, ein paar revolutionäre Preßerzeugnisse, ein paar rednerische Exzesse der verhassten Partei zu unterdrücken vermocht hat.“ An einer dritten Stelle behauptet er die Erfolglosigkeit des frühern Sozialistengesetzes und macht darauf aufmerksam, daß „die deutsche Monarchie nichts energischer vermeiden sollte, als schon den Schein einer Parteinahme für oder gegen eine der sich wirtschaftlich beherrschenden sozialen Klassen.“ Gewiß bemerkenswerte Ausführungen, von der Sichtigkeit der meisten Gesinnungsgenossen Mittelstädt's abstechend, und doch nicht überzeugend.

Von Gesetzes wegen ist jetzt fast nur Repression gestattet, gerichtliche und polizeiliche. Sie macht in der That oft den Eindruck der „Trakasserie,“ genügt aber auch deshalb nicht, weil sie das Übel erst geschehen lassen muß, und weil der als Thäter Verdächtige oder Gefaßte oft nur vorgeschoben ist, während Einbläser, Führer und Verführer freies Feld behalten. Diese schlimmen oder halben Folgen sind bei der Prävention weniger zu befürchten; deren Folgen sind nachdrücklicher, entsprechen eher der verschiednen Schwere und Gefährlichkeit und können vorzugsweise auf die Häupter gerichtet werden. Alles läßt sich

natürlich, auch bei größtem Eifer und Geschick, nicht verhüten. Die Repression muß also nachhelfen, und auch dann bleiben noch manche Fälle, darunter recht schlimme, unerreichbar; aber soll man darum alles hingehen lassen? Außerdem verlangt Prävention für die Polizei ausgedehnte Vollmachten, und da kommen Mißbräuche vor. Nun ist es für die politische Auffassung in Deutschland charakteristisch — von der Parteitaktik sehe ich ab —, daß, wer auch immer mit der Sozialdemokratie verantwortlich zu thun hat, die Gefahr des Mißbrauchs gegen die Notwendigkeit größerer Vollmachten zurückstellt, der „Unparteiische“ dagegen, d. h. der, der in keine solche Berührung kommt oder die Verantwortung abchieben kann, den denkbaren Mißbrauch mit dem Vergrößerungsglas ansieht und die Erteilung besonderer Vollmachten als Ausnahme-gesetzgebung verwirft. Neben diesen „objektiven“ Erwägungen läuft als selbstverständlich her, daß alle ohne Unterschied, wenn sie von einer Ausschreitung persönlich betroffen werden, auf die Polizei schelten und nach ihr rufen. Aber das ist doch alles kein männlicher Standpunkt; der lautet anders: wo Verantwortung ist, muß auch Macht sein, je mehr die Verantwortung in Anspruch genommen wird, desto größer muß die Macht sein; wer besondere Macht mißbraucht, muß dafür besonders büßen, wer in ihrem rechten Gebrauch gestört wird, muß besonders geschützt werden. Dieser männliche Standpunkt giebt einen festen Maßstab für das Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen, die doch feststehen. Dürfen sie in einem Staate, der etwas auf den öffentlichen Frieden und auf Anstand und „Reputation“ hält, geduldet werden? selbst wenn sie nicht, wie doch so oft, gefährlich und ansteckend sind, sondern auf das, was man als *outrage public* gegen die öffentliche Ordnung bezeichnen kann, beschränkt bleiben? Als Gesamterscheinung haben sich die Ausschreitungen in unerhörter Weise verbreitet und gesteigert; es ist sehr mild ausgedrückt, wenn man sie gegen den Zustand, auf den unsre Pressefreiheit und unser freies Vereins- und Versammlungsrecht berechnet sind, eine Ausnahme nennt. Soll dagegen nicht auch eine Ausnahme-gesetzgebung zulässig sein, ist sie nicht vielmehr unabweißbare Pflicht?

Bei solcher Auffassung versteht sich bereitwillige Unterordnung unter staatsmännische Erfahrung und Verantwortung in dieser Frage von selbst, namentlich für die Einzelbestimmungen der Ausnahme-gesetzgebung. Bei wem ein Verehrer Fürst Bismarcks diese Ergänzung seines eignen Urteils sucht, ist nicht zweifelhaft, ebenso wenig, wie die Antwort lautet. Der politische Schriftsteller kann sich darin selbständiger halten als etwa der in der Grundanschauung übereinstimmende Abgeordnete. Aber niemals kann es richtig sein, sich auf den Standpunkt derer zu stellen, die die Ausschreitungen begehen. Es ist ja richtig, daß der größere Teil von ihnen verführt ist, aber sie sollen ja vor weiterer Verführung geschützt, und es soll ja auch weniger gestraft als vorgebeugt werden. Dann kann wohl den vielen, die unter den Folgen unsrer

wirtschaftlich-sozialen Entwicklung zu leiden haben, ein Sozialistengesetz leicht so vorkommen, als ob ihnen die Selbsthilfe und sogar der Schmerzenslaut verwehrt werden sollten, aber das ist doch Irrtum und Verwechslung mit dem Verfagen von Staatshilfe gegen die soziale Not. Auf andre können solche Klagen nur dann Eindruck machen, wenn sie zu den Weichmütigen oder zu denen gehören, die sozial oder wirtschaftlich ein schlechtes Gewissen haben. Daß dagegen ein Mann wie Mittelstädt, der einer der schärfsten Gegner der „Sekte moderner Humanitarier“ ist und in der sozialen Frage nur für andre kämpft, bei der Sicherung der Staatsordnung nicht auf Seiten des Staats steht, ist eine schwer zu erklärende Anomalie. Vielleicht wirken bei ihm Jugendeindrücke nach: wie seine Begeisterung an die der besten Männer der Paulskirche erinnert, so treffen wir hier wohl auf einen entsprechenden Schatten.

Die Ordnungsfrage ist so wichtig, daß jede Gelegenheit benutzt werden sollte, sie nach allen Seiten zu erörtern. Ich kann mich jedoch bei dieser Gelegenheit auf einige Zusätze beschränken, weil die Grenzboten in einer der letzten Nummern unter der Überschrift: Gedanken eines Freisinnigen über die freisinnige Partei eine ebenso frisch geschriebene wie überzeugende Verteidigung des Ordnungsprogramms gebracht haben; sie wird den Lesern in frischer Erinnerung sein. Der Hauptgrund, der immer gegen ein neues Sozialistengesetz angeführt wird, ist die angebliche Erfolglosigkeit des frühern. Steht sie so fest? Gewiß hat sich, um mit Mittelstädt zu sprechen, der vierte Stand trotzdem politisch fortentwickelt, aber er würde es noch mehr gethan haben, wenn das Sozialistengesetz nicht gewesen wäre. Dann ist das, was sich Disziplin oder Selbstzucht der Sozialdemokratie nennt, und was auch auf unsrer Seite so herausgestrichen wird, weil es die Wiederholung von Unthaten wie die Hödels und Nobilings verhütet haben soll, auf Rechnung des Sozialistengesetzes und der Furcht vor seiner Erneuerung als psychischen Zwanges zu setzen; das post hoc ist hier auch das propter hoc. Diese Nachwirkung würde noch mächtiger gewesen sein, wenn bei dem Verzicht auf die Verlängerung des Sozialistengesetzes wenigstens die allgemeinen Vollmachten des reichsländischen Diktaturparagraphen an die Stelle getreten, staatsrechtlich genau ausgedrückt, Gesetz geworden wären. Diese Übertragung des Diktaturparagraphen auf das Reich ist überhaupt das geringste Maß von Ordnungsprogramm, das die Regierung in jeder Tagung des Reichstages zu gesetzlicher Anerkennung zu bringen versuchen müßte. Sollen denn die Parteien allein den Vorteil der Taktik genießen, wonach stetig erneuerte Versuche schließlich gelingen, und ist für die Reichsregierung das *salvavi animam meam* mit einem Versuch zu erreichen? Überdies gewährt der Diktaturparagraph Vollmachten gegen jedes revolutionäre Treiben, nicht bloß gegen das der Sozialdemokratie, und das ist von Wert, weil z. B. die Sokolvereine nicht weniger

revolutionär sind, und weil in der That auch der Schein der Parteinahme gegen die Sozialdemokratie vermieden werden sollte. Darin hat Mittelstädt Recht, so wenig auch die Sozialdemokratie befugt ist, ihre Bestrebungen mit der Flagge der politischen Partei zu decken. Ihren Versuchen, es zu thun, ist mit Fürst Bismarck entgegenzuhalten, daß eine Vereinigung, die den ganzen Bestand des Staates und der Gesellschaft umwerfen will, keinerlei politische Rechte beanspruchen kann, und daß sich der außerhalb des Gesetzes stellt, der alles Gesetz umstürzen will.

Wie schon angedeutet, giebt es viele, die der Meinung sind, sie könnten sich mit der sozialen Frage dadurch abfinden, daß sie in Sachen des öffentlichen Friedens und der öffentlichen Ordnung der Sozialdemokratie volle Freiheit zuerkennen. Diese Entscheidung möchten sie gern für einen Richterspruch ausgeben, und sie hat auch eine Ähnlichkeit damit, nämlich die, daß der Obrigkeit alle Kosten „zur Last fallen.“ Der allgemeine „Kladderadatsch“ liegt, denken sie, in nebelgrauer Ferne; sollte er doch kommen, so sind außer der Polizei noch andre Stiefkinder der Freiheit da, die Soldaten, die aus der Not helfen werden. Die werden schon die Straßen fegen, nötigenfalls auch den Parlamentsaal, in den dann, nach Entfernung aller roten Spuren, die echte Freiheit wieder einziehen kann. Für sichern Schutz in allen Gefahren werden ja die Steuern bezahlt, und der Musterbürger, auf den der größte Teil fällt, verlangt seinerseits vom Staate nicht mehr, als daß ihn dieser nach den ewigen Gesetzen des wirtschaftlichen Naturprozesses ungestört verdienen läßt; für ihn ist die soziale Frage nichts als eine Erfindung von Leuten, die der Natur Gewalt anthun wollen.

So „selbstlos“ und „frei von Klasseninteressen“ ist Mittelstädt nicht. Er glaubt, daß es eine soziale Frage giebt, und forscht sehr ernst nach Ursache, Wirkung und Lösung. Er hat es schon in einer Schrift vom Jahre 1884: Der vierte Stand und der Staatssozialismus gethan und wiederholt in dieser neuen seine damaligen Ausführungen, aber „in Verbindung mit einem veränderten Gedankengang“ so lebendig und wirksam, daß der mangelnde Reiz des neuen ersetzt wird. Er versteht es auch, was Ursachen und Wirkungen des sozialistischen Klassenbewußtseins anlangt, in gedrängter Form viel zu sagen; einige Lücken können außer Betracht bleiben, denn der tiefe Riß zwischen einst und jetzt, auf den es hauptsächlich ankommt, ist klar und unwiderleglich nachgewiesen. Weniger reichlich dagegen und unbestimmter ist die Belehrung über das, was zur Abhilfe erstrebt wird und werden sollte. Es fehlt auch da nicht an treffenden und geistreichen Bemerkungen, aber es wird kein Ganzes gegeben, an das sich, sei es die Zustimmung, sei es die Kritik halten könnte. So schwankt z. B. die Stellung zu dem, was Mittelstädt als soziales Königtum bezeichnet, hin und her; bald wird es für das oberste Heilmittel, bald für eine Unmöglichkeit erklärt, und zwar nicht nur für die Gegenwart, sondern über-

haupt. Besonders fällt auf, daß auch Mittelstädt so viel mit den Abstrakten: Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Kapital usw. operirt, während doch der erste Schritt, aus unsrer wirtschaftlichen und sozialen Zerfahrenheit herauszukommen, darin besteht, daß wir uns bei jedem Unternehmen, das soziale Anerkennung und Staatshilfe fordert, klar machen, wie es auf alle beteiligten Menschen wirkt, daß wir es auch in klare und unzweideutige Worte zu fassen suchen: welche Menschen also und wie viele mit der Unternehmung zu thun haben werden, was sie, einzeln genommen oder zusammengehörig, davon haben, an Nahrung, Kleidung und Obdach, vorübergehend und dauernd, ob dabei der die Arbeit ausführende Teil zu gesundem und menschenwürdigem Schaffen berufen ist oder nur wieder die Zahl menschlich besetzter Maschinenteile vermehren soll, ob sich aus der Arbeitsgemeinschaft eine Lebensgemeinschaft entwickeln kann, und ähnliche Erwägungen mehr. In dieser Weise auseinandergelegt, stellt der Zweck menschlich persönliche Beziehungen vor, hat er Fleisch und Blut. Bei leeren Schemen dagegen bleibt es, wenn es etwa heißt, Industrie und Landwirtschaft hätten sich über den Handel wegen seines Mangels an Galanterie zu beklagen, oder sie alle drei ersehnten und fürchteten zugleich die erdrückende Umarmung des Kapitals.

Setzt wird, was die „Arbeitnehmer“ anlangt — auch eine verwirrende Bezeichnung, da sie doch ihre Arbeit hergeben —, immer nur gefragt, wie viele davon, nach den Regeln der Kunst gezählt, Arbeitsgelegenheit und Lohn zu erwarten haben. Also an das Brot wird wohl gedacht, aber nach statistisch abgewogenen Portionen und nur für den ersten Anfang. Und doch sollte gerade die Obrigkeit nie vergessen, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Ist es nicht, um Beispiele anzuführen, auch für das Maß von Zollschutz von Bedeutung, ob ein großer Gewerbebetrieb giftige Farben herstellt, dadurch der Gesundheit der Arbeiter schädlich ist und immer neue Arbeiter statt der schnell abgenutzten alten verlangt, oder ob er, wie beim Maschinen- und Schiffbau, vorzugsweise gelernte und ständige Arbeiter beschäftigt, und so, daß sie sich durch die körperliche Anstrengung die Seele frei schaffen? Ist nicht jede Arbeit, bei der man im innern Herzen spürt, was man mit seiner Hand erschafft, auch für die Allgemeinheit ein Segen, die Arbeit dagegen, deren Ergebnis dem, der sie verrichtet, unbekannt, unnütz oder womöglich verhaßt ist, etwas mehr als ein Nothbehelf? „Und die Fabrikherren? Meint man in der That, es höhle das Menschenherz nicht aus, Hunderte zu Kindern Gottes veranlagte Geschöpfe in der Weise zum Geldverdienen zu vernutzen, wie dies in unsern Industriestätten geschieht?“ Setzt man statt in unsern Industriestätten: in manchen Industriestätten hin, so hat Lagarde, den ich anführe, Recht. Um auch den „agrarischen“ Standpunkt zu Worte kommen zu lassen, so ist gewiß der Landbau die Grundlage des Staats, das wichtigste aller Gewerbe, aber er bleibt es nur, wenn er an erster und breitester Stelle den Anbau der Brot-

frucht festhält, andre Betriebe nur als örtlich bedingt oder zur Hilfe und nebenher kennt, und wenn der Besitz so verteilt oder die Arbeitsgemeinschaft so geregelt ist, daß alle arbeitenden Menschen, Haupt und Hände, auf der Scholle auch die Heimat finden. Darauf kann der Staat hinwirken, wenn er seine Hilfe in der Not an entsprechende Bedingungen knüpft, während er durch Bevorzugung der Zucker- und Spiritusindustrie das Übergewicht landwirtschaftlicher Nebenbetriebe künstlich weiterzüchtet, ohne dauernden Vorteil für die bedachten, aber zum Schaden des Adels ländlicher Arbeit und zur Beförderung der Latifundienbildung, mögen auch manche Bauern durch den Rübenbau mehr zu Gelde kommen. Hängt unsre falsche Agrarpolitik, deren Irrtümer es beinahe so weit gebracht haben, jede Agrarpolitik in Verruf zu bringen, nicht auch mit den bis zum Überdruß wiederholten abstrakten Sammel- und Schlagwörtern: Landwirtschaft, notleidende Landwirtschaft zusammen? Diese allgemeinen Bezeichnungen legen einen Schleier darüber, wie die Zustände für die beteiligten Menschen — Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer, Bauern, Kleinbauern, Pächter, Landarbeiter — in Wirklichkeit aussehen, inwiefern die Zustände für alle oder für den größern Teil schlimm und gefährlich sind; sie gestatten es auch den Vertretern selbstfüchtiger Interessen, sich als Vertreter der berechtigten aufzuspielen, am lautesten zu klagen und sich in die vorderste Reihe zu stellen, für den Augenblick, wo der Staat die Hand wieder öffnen wird. Den Gegnern macht es die Verschleierung möglich, die Not ganz abzuleugnen oder auf den Mangel an „Intelligenz“ und auf den „Großgrundbesitz“ abzuschieben, Schlagwort mit Schlagwort zu bekämpfen. Zu dem Großgrundbesitz wird dann jeder Rittergutsbesitzer gerechnet, der selbstverständlich immer ein „Herr von“ sein muß, und nun geht es in gut gespielter Entrüstung und Uneigennützigkeit auf die unerfättlichen Junker los. Unter der Tarnkappe läßt sich ja der wahre Zweck: Haß und Sturm gegen die Kraft des preußischen Wesens mit Erfolg verstecken, und zur Verhüllung der eignen Selbstsucht sind diese und andre „Wortgespenster“ nicht weniger bequem.

Die Sucht nach Stichwörtern von bestechender Allgemeinheit ist schon oft, am nachdrücklichsten wohl von Karl Lentzsch, bekämpft worden, wuchert aber fort, und der Nebel um den wahren Sachverhalt wird immer dichter. Deshalb sollte sich jeder, der auf bestimmten Ausdruck Wert legt, an dem Kampf beteiligen, denn es handelt sich um einen gemeinschaftlichen Feind. Mittelstädt thut es nicht, trotz besondrer Befähigung und Gelegenheit, sondern folgt dem allgemeinen Strom. Den noch nicht ganz zu Tod gehehten „Konsumenten“ zwar überläßt er andern, aber außer den schon erwähnten Schlagwörtern braucht er noch andre, z. B. den Agrarier und den Antisemitismus, ohne anzugeben, was er an dem Wesen dieser Verworfenen verwerflich findet. Unsympathisch sind ihm die entsprechenden Parteien durchaus, überhaupt alle Parteien, die materielle und gesellschaftliche Interessen in den politischen Kampf

einmischen; das Ideal politischer Parteibildung sieht er in der Abwendung von solchem Beisatz. Das ist sicher Irrtum und Selbsttäuschung, schon deshalb, weil sich niemals und nirgends Vertretene und Vertreter von wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen und Stimmungen freihalten können; der Irrtum ist jedoch noch weit verbreitet und richtet viel Unheil an. Besonders jetzt, wo wir in Deutschland politisch gesättigt sind, aber wirtschafts- und sozialpolitisch erlösender Thaten bedürfen. Der letzte Ausdruck wird zu stark erscheinen, entspricht aber der Sachlage, denn es gilt, Sticlust und Apdruck loszuwerden.

Der Irrtum hängt damit zusammen, daß der moderne Abgeordnete, im Gegensatz zu dem frühern ständischen, verfassungsrechtlich nicht seinen Stand oder Wahlkreis, sondern das ganze Volk vertritt. Dieser Satz richtet seine Spitze gegen das sogenannte imperative Mandat, noch mehr gegen die häufiger vorkommende Reizung, über den Anschauungen und Bestrebungen der nächsten Umgebung, dessen, was man als politisches Milieu bezeichnen könnte, die Forderungen der allgemeinen Wohlfahrt zu vergessen und zu versäumen. Positiv ausgedrückt: das, was der allgemeinen Wohlfahrt dient, soll für jeden Abgeordneten der Maßstab und die Richtung des Handelns sein, selbst dann, wenn sein Wahlkreis zunächst darunter leiden sollte. Das gilt auch von den materiellen und gesellschaftlichen Interessen; auch ihnen gegenüber hat der Abgeordnete das Gemeinwohl zu wahren, wenn sie über Maß und Raum hinausstreben. Aber das heißt doch nicht, daß er diese Interessen unbeachtet lassen oder gar zurückweisen soll, denn sie sind für den regelmäßigen Verlauf des Gemeinlebens das Wichtigste und das immer Wiederkehrende, der Blutumlauf und Stoffwechsel des Volkskörpers; das Gemeinwohl setzt doch das zusammenstimmende Wohlbefinden aller Teile, Gliederungen und Gemeinschaften, die aus Volksbedürfnissen hervornachsen, voraus. Selbst wer die idealen oder geistigen Interessen höher stellt, muß die materiellen fördern, auch für den Volkskörper das corpus sanum als Bedingung der mens sana anerkennen; außerdem drängen auch die geistigen Interessen immer nach einer äußern Gemeinschaft mit materieller Grundlage.

Also: durch Vernachlässigung der materiellen Seite des Staatslebens würde der Abgeordnete seine Pflicht vernachlässigen, in noch höherm Grade, als wenn er die Vertretung dessen, was seinem Wahlkreis rechtmäßig zukommt, einem andern Abgeordneten überlassen wollte. Was für den Abgeordneten gilt, gilt nicht weniger für jeden Staatsbürger, nur daß bei diesem der Kreis der Wirksamkeit und der Verantwortung enger ist, nach Ort und Gelegenheit. Dem Gegenstande nach ist der Staatsbürger ebenso wenig berechtigt, in öffentlichen Angelegenheiten den Standpunkt des Liebhabers einzunehmen; er thut großes Unrecht, sich gegen das, was für den weit überwiegenden Teil des Volks das entscheidende Stück des Lebens ausmacht, zu verschließen, Gering-

schätzung oder nur Gleichgiltigkeit dagegen zu zeigen, sich wohl gar aus gesichertem Dasein heraus in die Pose der Uneigennützigkeit zu werfen. Das muß in der That bei denen, die auf harte Arbeit und auf Erwerb angewiesen sind, das Gefühl der Arbeitsbiene gegen die Drohne erwecken. Nicht abseits von den ungünstiger Gestellten haben sich die durch Geist und Vermögen bevorzugten zu stellen, sondern ihnen zur Seite, als Mitbeteiligte der Pflicht nach. Dann werden sie auch wieder an ihre Spitze kommen, denn die Menge will stets geführt sein, freilich nicht gönnerhaft und meisternd, sondern werthätig und mit der Hilfe, die den Menschen dem Menschen nähert. Das ist das Geheimnis der Sozialdemokratie und in gewissem Maße auch des Zentrums.

Daß unter uns so viele das beste redlich wollende Männer einen Irrtum teilen, der wie Lieblosigkeit aussieht und wirkt, rührt teils von der deutschen Neigung her, die „gemeine“ Wirklichkeit zu vergessen, teils daher, daß uns noch das Bild der ersten Zeiten nach der politischen Einigung vorschwebt. Man war damals, auch innerlich, einiger, der Widerspruch hemmte nicht die Entwicklung, sondern hielt nur Eintönigkeit fern, und in der Teilnahme an den Verfassungsfragen erfrischte der Reiz rein politischen Lebens. Wir haben uns damals politisch verwöhnt. Allein auch damals war die von uns verachtete Materie am Werk; es schien uns ja so, als ob in den wirtschaftlichen Fragen nur die unser Wohlgefallen erweckende Entfesselung aller Kräfte thätig wäre, aber in Wirklichkeit faßten daneben und dadurch sehr eigennützige Mächte festen Fuß. Jetzt sind sie zum Schaden des Gemeinwohls übermächtig; jede Staatsthätigkeit auf dem von ihnen eroberten Gebiete, namentlich die Fürsorge für den wirtschaftlich Schwächern, kann ihnen nur schaden, und deshalb sträuben sie sich mit jedem Mittel dagegen. Ein Hauptmittel ist die Ablenkung der Aufmerksamkeit von dem Sitz der Krankheit auf die angeblichen Herrlichkeiten der politischen Demokratie. Volkswirtschaftlich und sozial dagegen genügt ihnen nicht mehr die Lehre, daß der Staat in den wirtschaftlichen Interessenkampf, der ein Naturprozeß sei, nicht eingreifen, sondern nur „der Freiheit eine Gasse“ bahnen dürfe; die Lehre geht jetzt weiter und lautet so, daß wirtschaftliche Interessen in der That niedriger Art, des Staats und des Staatsbürgers unwürdig seien. Es mag sein, daß es manche auch glauben, aber für das Gemeinwohl ist diese Lehre Gift, denn der Mangel wird durch sie zur Wut gegen alles Bestehende entflammt, und Interessen, die sich verstecken, sind die gefährlichsten, weil sie nur durch Vorwürfe und Hecereien gegen alle andern Interessenten verborgen bleiben, und weil nur offen hervortretende Interessen auf ihren Wert für die Allgemeinheit geprüft werden können. Wer von uns auf dieser Seite steht, unterstützt, ohne es zu wollen, Verheimlichung, Vertuschung und Plusmacherei. Daß sich dabei so manche in die demokratische Strömung hineinziehen lassen, ist ebenfalls Folge von Selbsttäuschung, denn

an politischen und bürgerlichen Rechten haben wir in Deutschland vollauf genug. Wenn wir nur aus den Rechten auch Pflichten schöpfen wollten; aber eine neue Form, zu leben, soll den Willen, zu leben, erzeigen.

Wir müssen, meine ich, vollständig Kehrt machen, der Pflicht mehr als dem eignen Triebe gehorchen und, da jeder im Staate Partei nehmen soll, unsre Partei da suchen, wohin das drängendste und umfassendste Bedürfnis der Zeit weist, also auf dem Gebiete der sozialwirtschaftlichen Fragen. Das Feld, worauf Sozialdemokratie, Industrialismus und Agrarbewegung arbeiten, ist auch unser Parteifeld, in dem Sinne jedoch, daß der Verneinung der Sozialdemokratie und den Einseitigkeiten ihrer zahmern Geschwister ein Ende gemacht wird. Unsre Parteien, bei einer kann es ja nicht bleiben, müssen solche sein, die ihre Herkunft aus Klasseninteressen bestimmt und unumwunden anerkennen, aber ohne deren Vertretung auf einen Bruchteil der betreffenden Interessenten zu beschränken, und ohne Staatsinteresse und Staatsordnung zu verleugnen. Mit solchen Parteien wird die Staatsleitung ebenfalls zu kämpfen haben, aber aus dem Kampf zum Frieden gelangen, zu einem Kompromiß, worauf doch jeder offene und klare Streit unter Volksgenossen hinauslaufen kann und soll. Mit den alten Parteien ist nichts mehr zu machen, sie sind abgebraucht und fristen ihr Leben nur davon, daß sich keine entschlossenen Erben melden. Unter den frühern Kartellparteien ist keine, die nicht offiziell rein politische Ziele vorschöbe und doch insgeheim Interessenpolitik triebe, die Politik der Unternehmerklasse in dem betreffenden Interessentenkreis. Bei dem Zentrum ist das weniger der Fall, es hat sich die Berührung mit den verschiedenen Schichten seiner Wähler besser bewahrt, sein Rekrutierungsbezirk ist auch größtenteils noch sozial und wirtschaftlich gesünder; aber auch im Zentrum zeigen sich Interessenspaltungen, drängt das Unternehmertum die schwächer bewehrten Schichten zurück, und dann ist die Auffassung des Zentrums von Staatsgewalt und Staatsgefinnung auf einem andern Boden gewachsen als das deutsche Reich. Das ist es, was uns das Zentrum fremd macht, nicht Mangel an Vaterlandsliebe, der sich nur noch ganz vereinzelt und bei den polnischen oder vermischten Anhängseln zeigt. Der Antisemitismus schließlich ist eine unfertige Bildung, die ein bewährtes und unentbehrliches Kampfmittel übertreibt und zum Kampfwort macht. Von den demokratischen Parteien ist nur zu bemerken, daß die freisinnige Vereinigung als offene Partei der Handelsinteressen Sinn und Zukunft hätte, und daß sich die süddeutsche Demokratie manchen Rest von sozialer Gefinnung gerettet hat.

Auf die Parteiprogramme kann auch die Feder einwirken, aber nur, wenn wir uns ebenfalls Zwang und Pflicht auflegen. Anregungen sind ja aus der Feder in Menge geflossen, darunter sehr schätzbares Material; was fehlt, ist die Sammlung und Sichtung und die Prüfung nach dem politischen Wert. Politische Fragen sind Machtfragen, so ist auch jede politische Bewegung ein

Auf- und Gegeneinanderwirken von Einflüssen. Meinungen können zu Einflüssen werden, aber nur dann, wenn sie zur That treiben und die That anleiten; Meinungen müssen es sein, hinter denen zahlreiche, entschlossene und zusammenhaltende Anhänger stehen, oder die fähig sind, solche Anhänger zu werben. Gemeinverständlichkeit und Gemeinnützigkeit, Ausführbarkeit, Anlehnung an bestehende, wenn auch verbesserungsbedürftige Zustände, Wärme, die das Gemüt und die Einbildungskraft ergreift, sind die Kennzeichen. Das ist der Prüfstein, den jeder politische Schriftsteller an seine Erörterungen zu legen hat, seien sie neuen und eignen Ursprungs oder der Verteidigung fremder Gedanken gewidmet. Das ist auch der Inhalt seiner politischen Verantwortlichkeit. Handelt er nicht darnach, so wird er dem Vertreter der verantwortlichen That immer im Wege sein. Das Höchste, was dem politischen Schriftsteller ohne festen Anhang beim Staatsmann zu erreichen möglich ist, ist der Eindruck, den Lassalle, der doch zugleich ein schon erprobter Agitator war, auf Fürst Bismarck machte: interessant und unterhaltend, aber: was kannst du armer Teufel geben?

Der Eindruck von wirksamer Bundesgenossenschaft ist natürlich nur wenigen Schriftstellern erreichbar, aber der unmittelbare Zweck aller, einen großen Leserkreis zu finden, festzuhalten und dauernd zu beeinflussen, setzt ebenfalls die vorhin bezeichneten Eigenschaften voraus. Namentlich für die Erweckung von Nachfolge und Miteifer sind sie wichtiger als glänzende Darstellung, geistige Vielseitigkeit, treffende Kritik. Auf jeder Seite der Mittelstädtischen Schrift zeigt es sich, daß ihr Verfasser die letztgenannten Vorzüge im höchsten Maße hat, weniger dagegen jene bescheidnern, aber politisch wertvollern Eigenschaften, mit Ausnahme von hinreißender Gemütswärme. Das tritt nicht nur in den Erörterungen, die hier besprochen worden sind, hervor, sondern auch in den andern, bei denen die Besprechung den Verfasser nicht weiter begleiten kann, weil ein Auszug die lebendige Farbe verwischen würde, und Widerspruch sehr ausführlich sein müßte. Die bisherigen Ausführungen genügen auch, die Behauptung zu rechtfertigen, daß ihrer ganzen Richtung und Ausprägung nach die Meinungen Mittelstädts Meinungen bleiben werden, sich nicht in politische Einflüsse umsetzen können. Die politische Litteratur ist durch seine Schrift geistig und ästhetisch bereichert worden, aber die öffentliche Meinung als Quelle politischer That wird seine positiven Anregungen nicht brauchen können.

Damit soll nicht behauptet werden, daß die Schrift nur dem politischen Feinschmecker viel biete, Kaviar fürs Volk sei. Vor einem solchen Urteil ist sie schon durch die außerordentliche Wärme der Empfindung, womit sie geschrieben ist, bewahrt. Ein ganzer Mann ist es, der zu uns spricht, was er uns vorlegt, ist wie ein Glaubensbekenntnis, und daran geht auch der Andersgläubige nicht vorüber, sondern er würdigt es durch Aufmerksamkeit, Prüfung und Achtung; er bereichert

und befestigt sich selbst durch die eindringende Kenntnis, die er davon nimmt. Wenn auch die Schrift die That nicht bestimmen wird, so feuert sie doch den Willen zur That an. Die studirende Jugend z. B. wird in der Schrift Mittelstädts die edelste Verwahrung gegen politische Unwahrhaftigkeit und Blasirtheit, worauf sie so oft stößt, entdecken und begrüßen. Der ausgereifte Mann ist innerlich jung geblieben und hat des Wissens Gut nicht mit dem Herzen gezahlt; es kann nicht anders sein, als daß sich seine Begeisterung der Jugend erschließt und mittheilt. Er ist das Gegenteil des Pessimisten, denn das Bild zwar, das er von unsrer Zukunft entwirft, ist sehr düster, aber er bekämpft das Wesen gerade derer, die zwischen Selbstüberschätzung und Selbstverzweiflung schwanken, die Kraft zur That verloren haben und andern ver-
leiden möchten; das, was ihn verbittert, ist die Versumpfung, der Schein, die Unwahrheit, mit einem Wort der faule Friede, gegen den ihm auch die gewaltsamste und opferreichste Aufraffung, der Krieg, als befreiender Ausweg erscheint.



Anthropologische Fragen

(Schluß)



ie ist der Mensch entstanden? Wie sind die Varietäten des Menschengeschlechts entstanden, oder vielmehr, da ja die Veränderung fortgeht, wie entstehen sie? Welches ist das Ziel dieser Veränderungen? Das sind die drei großen Fragen der Anthropologie, wenn sie sich nicht darauf beschränken will, eine beschreibende Wissenschaft zu bleiben. Von Ammons Standpunkt aus würden die drei Fragen lauten: Auf welchem Punkte des Entwicklungsprozesses hat die natürliche Auslese zum erstenmale einen Menschen hervorgebracht? Wie erzeugt die Auslese Varietäten? Welchem Ziele strebt die Auslese zu? Und schon diese Fragestellung macht die Unhaltbarkeit des Standpunkts klar. Die erste Frage nun kann nicht beantwortet werden. Die Entstehung des Menschen ist gleich der des Organismus und des tierischen Bewußtseins ein undurchdringliches Geheimnis, und alle Riesenanstrengungen der Wissenschaft haben das Dunkel, das sie einhüllt, auch nicht mit dem schwächsten Lichtschimmer zu erhellen vermocht. Die Hückelschen Stammbäume nützen uns nichts. Abgesehen davon, daß, wie wir früher gesehen haben, seine und die verwandten Hypothesen überhaupt nicht klar zu machen vermögen, wie eine höhere Tier-